dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 22 **5. Juni 2014**

aktuell

Inhalt

dbb bekräftigt Vorschlag zur Bündelung der Beamtenversorgung – Senioren fordern Mütterrente für alle Mütter+++
Mütterrente – Beamte nicht ausschließen+++
Nahverkehr Bayern - Tarifverhandlungen abgebrochen – Streiks nun leider unumgänglich+++
Wiesbadener Busgesellschaft (WiBus) – Gespräche mit den Arbeitgebern wieder aufgenommen+++
AMEOS Kliniken in Hildesheim und Osnabrück bestreikt: Arbeitgeber müssen Angebot machen+++
Geplante Neuregelung zum Elterngeld nicht flexibel genug+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin begrüßt angekündigte Änderung an Gesetzesvorlage zur Besoldungserhöhung+++
BBW: Absenkung der Eingangsbesoldung aufheben+++
DBB NRW: Landesregierung benachteiligt Mütter+++
dbb m-v für Übertragung des Rentenpakets+++
Polizeigewerkschaft warnt vor mehr gewaltbereiten Islamisten+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb bekräftigt Vorschlag zur Bündelung der Beamtenversorgung – Senioren fordern Mütterrente für alle Mütter

(dbb) Der dbb hat eine zügige Angleichung der Renten im Osten Deutschlands an den Westen gefordert. „Hier sehen wir ein deutliches Defizit", sagte der Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt vor der Hauptversammlung der Bundesseniorenvertretung in dem gewerkschaftlichen Dachverband am 5. Juni 2014 in Berlin. Die Zusage der großen Koalition für eine Angleichung der Rentensysteme werde der dbb kontrollieren: „Wir werden ihnen auf den Füßen stehen", versicherte Dauderstädt.

Zugleich bekräftigte der dbb Bundesvorsitzende den Vorschlag, die Beamtenversorgung in einer „Versorgungsanstalt" zu bündeln und so zukunftsfest zu machen. „Wir plädieren dafür, eine gemeinsame Institution für alle Dienstherren zu schaffen, die die Versorgung der Beamten abwickelt. Hier würden alle bisher angelegten Versorgungsfonds eingebaut und dann von der Bundesbank verwaltet, die dafür sorgen könnte, die Mittel stabil anzulegen. Das würde auch verhindern, dass Länder mit klammen Haushaltskassen – wie es in der Vergangenheit mehrfach passierte - auf die Versorgungsrücklage zugreifen."

Wolfgang Speck, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, forderte vor den rund 50 Vertretern der Senioren aus Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften, eine „systemgerechte Übertragung der Mütterrente auf Beamtinnen und Beamte, und zwar sowohl im Bund als auch in den Ländern". Speck sagte: „In Deutschland gibt es keine Kinder erster oder zweiter Klasse." Beamtinnen und Beamte, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, dürften gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht benachteiligt werden. Auch die Forderung nach einer zeitnahen Anpassung der Renten Ost an die Renten West unterstützte Speck. „Im 25. Jahr nach dem Mauerfall ist dies mehr als überfällig und würde endlich die unterschiedliche Anerkennung der Lebensleistung in der Alterssicherung in Ost und West beenden."

Die Bundesseniorenvertretung des dbb hatte sich im November 2013 konstituiert. Der dbb Chef dankte den Seniorenvertretern für die bisher geleistete Arbeit und versicherte: „Wir werden auch in Zukunft gemeinsam die Interessen der Seniorinnen und Senioren im dbb artikulieren und offensiv gegenüber der Politik vertreten."
(01/22/14)

Mütterrente – Beamte nicht ausschließen

(dbb) Der dbb hat seine Forderung bekräftigt, Beamte gleichermaßen an den Verbesserungen im Rentenrecht, insbesondere an der Mütterrente, zu beteiligen. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle Mütter unabhängig von ihrem Beruf von der Neuregelung profitieren", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt dem „Kölner Stadt-Anzeiger" (Ausgabe vom 2. Juni 2014).

„Es gibt keinen Grund, die Beamtenschaft von Verbesserungen im Rentenrecht auszuschließen", stellte Dauderstädt fest. „Frühere Verschlechterungen wurden ja auch übertragen." Die Forderung des dbb Chefs: „Bund und Länder müssen die Neuregelung jetzt zügig und systemgerecht auf die Beamtenversorgung übertragen."

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums hatte erklärt, die Prüfung einer Übertragung der vereinbarten Verbesserung der Mütterrente auf die Beamten sei „noch nicht abgeschlossen", berichtet der „Kölner Stadt-Anzeiger". Bei den Ländern hat bislang nur die Staatsregierung in Bayern einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.
(02/22/14)

Nahverkehr Bayern - Tarifverhandlungen abgebrochen - Streiks nun leider unumgänglich

(dbb) Die Tarifverhandlungen für die über 6.500 Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr in Bayern sind am Abend des 4. Juni 2014 in der dritten Verhandlungsrunde abgebrochen worden.

In den Verhandlungen zwischen dbb und Kommunalem Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern) hatten die Arbeitgeber lediglich ihr bereits bekanntes Angebot wiederholt, das sich am Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes orientierte.

„Unsere Forderungen zu Verbesserungen bei der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen wurden nicht berücksichtigt. Dies ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar", machte der dbb-Verhandlungsführer Thomas Gelling klar. „Arbeitskampfmaßnahmen in den nächsten Wochen sind nun leider unumgänglich."

Die stetig steigenden Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen im Nahverkehr müssten gesondert berücksichtigt werden, so Gelling. Dabei gehe es um besondere Arbeitsbelastungen im Fahrdienst, wie etwa den Schicht- und Wechselschichtdienst, ständig wechselnden Arbeitsbeginn oder die Nichtanrechnung von Wegezeiten zwischen unterschiedlichen Einsatzorten auf die Arbeitszeit.

„Wir sind vom Angebot der Arbeitgeber enttäuscht", sagte Gelling. „Bereits in der letzten Tarifrunde hatten wir deutlich gemacht, dass für uns neben der Entgelterhöhung die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Fokus steht. Hier hat es jedoch keine Bewegung auf Arbeitgeberseite gegeben."
(03/22/14)

Wiesbadener Busgesellschaft (WiBus) – Gespräche mit den Arbeitgebern wieder aufgenommen

(dbb) Zur aktuellen Situation in der Wiesbadener Busgesellschaft (WiBus) mbH haben sich dbb und Arbeitgeber am 3. Juni 2014 zu einem ersten Gespräch getroffen. Nach Streiks der Busfahrer, zu denen die Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) im dbb aufgerufen hatte und durch die der Busverkehr in der hessischen Landeshauptstadt empfindlich beeinträchtigt wurde, hatten die Arbeitgeber bereits im Vorfeld ihre Bereitschaft signalisiert, den seit Jahren schwelenden Tarifkonflikt beizulegen.

„Offenbar ist unsere Forderung, die Zwei-Klassen-Gesellschaft im Wiesbadener Nahverkehr abzuschaffen, nicht zuletzt aufgrund unserer wirkungsvollen Arbeitskämpfe zu den Arbeitgebern durchgedrungen", sagte der Fachvorstand Tarifpolitik und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ. Hintergrund ist, dass die Beschäftigungsbedingungen, die die Fahrer der ESWE Verkehr in Wiesbaden haben, den Kolleginnen und Kollegen bei WiBus seit mehr als drei Jahren vorenthalten werden.

Positiv bewertete Russ nach dem Gespräch das deutliche Signal der Arbeitgeber, die Tarifverhandlungen zur Überleitung der WiBus-Beschäftigten zeitnah fortzusetzen. Dafür sei zunächst ein Vergleich der Arbeits- und Entgeltbedingungen des Tarifvertrages für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Hessen (TV-N Hessen) und des Tarifvertrages für den privaten Omnibusverkehr Hessen notwendig. Außerdem müssten die Regelungen der betrieblichen Zusatzversorgung noch geprüft werden.

„Was wir jetzt zwingend brauchen, sind konstruktive und zielorientierte Verhandlungen", sagte Russ. „Das ist die Voraussetzung dafür, dass der Streik weiterhin unterbrochen bleibt. Sollten die Arbeitgeber jedoch ein Spiel auf Zeit versuchen, werden wir uns das nicht gefallen lassen."

Bei einem weiteren Sondierungsgespräch zu den Tarifverhandlungen wollen beide Seiten Ende Juni das Vorgehen abstimmen und weitere Termine vereinbaren.
(04/22/14)

AMEOS Kliniken in Hildesheim und Osnabrück bestreikt: Arbeitgeber müssen Angebot machen

(dbb) In Hildesheim und Osnabrück haben Beschäftigte der AMEOS Kliniken am 2. Juni 2014 die Arbeit niedergelegt. Zu dem Streik ab Beginn der Frühschicht und bis zum Ende der Spätschicht hatten der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaft GeNi (Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen im dbb) aufgerufen.

„Nachdem die Arbeitgeberseite schon den ersten Verhandlungstermin am 23. April kurzfristig abgesagt hatte, sind nun auch die nächsten Verhandlungsrunden am 27. Mai und am 3. Juni von den Arbeitgebern gecancelt worden", sagte der dbb Verhandlungsführer Sebastian Hofer. „Uns ist noch nicht einmal ein Angebot zugesandt worden, obwohl dies vereinbart war. Das ist nicht hinnehmbar." Dies unterstreiche der Protest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bereits am 23. April hatten die Beschäftigten der AMEOS Kliniken ihre Unzufriedenheit über die Haltung der Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht.

Die Gewerkschaften fordern die Aufnahme von Tarifverhandlungen durch AMEOS und die Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebots. AMEOS hatte die Tarifverträge bereits im September 2013 gekündigt. „Seitdem verschleppt der Arbeitgeber die Verhandlungen, so dass bis heute kein echter Fortschritt erkennbar ist. Dieses Auf-Zeit-Spielen ist absolut inakzeptabel. Der Arbeitgeber ist jetzt in der Pflicht, endlich die Verhandlungen konstruktiv voran zu bringen", so Hofer. Die Gewerkschaften stünden dafür bereit.
(05/22/14)

Geplante Neuregelung zum Elterngeld nicht flexibel genug

(dbb) Der Beschluss des Bundeskabinetts vom 4. Juni 2014, das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) weiterzuentwickeln, ist von der dbb bundesfrauenvertretung grundsätzlich begrüßt worden. Jedoch gingen die Neuregelungen zum Partnerschaftsbonus teilweise an der Realität vorbei, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung: „Der enge Zeitkorridor von 25 bis 30 Wochenstunden, in dem Eltern ihre Wochenarbeitszeit einrichten sollen, widerspricht der gelebten Realität und Praxiserfahrung in der frühen Familienphase. Realistischer sind 20 bis 30 Stunden, um die Erziehungsaufgaben partnerschaftlich aufteilen zu können."

Dies sei auch deshalb unverständlich, weil Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in einem Gespräch mit der dbb bundesfrauenvertretung am 8. Mai 2014 großes Verständnis für deren Forderungen nach größtmöglicher Flexibilisierung und einer unteren Wochenarbeitszeit von 20 Stunden gezeigt habe, so Wildfeuer.

Richtig sei die Kabinettsentscheidung, die Elternzeit künftig auch für einen längeren Zeitraum (24 statt bisher 12 Monate) auf einen späteren Zeitpunkt übertragen zu können. „Besser wäre allerdings, diese Möglichkeit bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes zu eröffnen, anstatt wie geplant nur bis zum achten Lebensjahr. Nicht nur bei der Einschulung, auch beim Übertritt in die weiterführende Schule wünschen sich Eltern die Möglichkeit, ihr Kind stärker unterstützen zu können. Außerdem besteht vielerorts die Möglichkeit einer Hortbetreuung nach der Schule nur bis zum zehnten Lebensjahr", sagte Wildfeuer.
(06/22/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin begrüßt angekündigte Änderung an Gesetzesvorlage zur Besoldungserhöhung

(dbb) Der dbb berlin hat die Entscheidung der SPD-Fraktion begrüßt, endlich auf Forderungen des Berliner dbb Landesbundes nach einer angemessenen Erhöhung der Besoldung und Versorgung einzugehen. Damit werde dafür gesorgt, dass die Besoldungsdifferenzen zwischen Berlin und dem Durchschnitt der anderen Bundesländer etwas geringer werden, erklärte der Landesvorsitzende Frank Becker.

„Ich gehe davon aus, dass Gesetzentwurf nunmehr im Rahmen eines Änderungsantrages im Abgeordnetenhaus durch die Regierungsfraktionen dahingehend geändert wird, dass auf die geplanten 2,5 Prozent Besoldungserhöhung noch einmal 0,5 Prozentpunkte draufgelegt werden", sagte Becker am 4. Juni 2014. „Das würde bedeuten: 2,5 Prozent Anhebung plus 0,5 Prozent extra – also zusammen 3 Prozent mehr Geld. Die nächste 0,5-Prozent-Anpassung soll bereits zum 1. Januar 2015 erfolgen."

Bereits vor etwa einem Jahr hatte der dbb berlin die CDU-Fraktion davon überzeugen können, dass gegen den Gehaltsabstand der Berliner Beamtinnen und Beamten zu den anderen Bundesländern etwas getan werde müsse. Dieser Abstand sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion durch einen sogenannten Sonderzuschlag in Höhe von jeweils 0,5 Prozent abgebaut werden.
(07/22/14)

BBW: Absenkung der Eingangsbesoldung aufheben

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die baden-württembergische Landesregierung aufgefordert, die abgesenkte Bezahlung von Berufseinsteigern im Beamtenbereich umgehend zurückzunehmen. Auch mit der Verschiebung der Besoldung und Versorgung müsse Schluss sein. Das „Argument", das Land müsse sparen um den Haushalt zu konsolidieren, habe ausgedient, seit klar ist, dass sich der Finanzminister ein dickes Milliarden-Polster aufgrund sprudelnder Steuermehreinnahmen anlegt hat, sagte BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich am 30. Mai 2014) in Stuttgart.

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Nachwuchsmangels im öffentlichen Dienst warnte Stich davor, weiter an der abgesenkten Eingangsbesoldung festzuhalten. Acht Prozent weniger als noch vor Jahren verdienen inzwischen Berufseinsteiger ab Besoldungsgruppe A 12. Um ebenso schmerzhafte vier Prozent wurde die Besoldung in den Eingangsämtern A 9 und A 10 gesenkt. „Wer glaubt, mit solchen Vorgaben im Konkurrenzkampf um die besten Köpfe zu bestehen, der irrt", sagte Stich und verwies auf die Situation in den Regierungspräsidien, die insbesondere für den technischen Bereich kaum noch qualifizierte Fachkräfte finden.

Zugleich forderte Stich die Landesregierung auf, ihr Vorhaben aufzugeben, den Tarifabschluss TV-L 2015/2016 erneut mit zeitlicher Verzögerung nach Besoldungsgruppen gestaffelt auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. Ein solches Vorgehen sei rechtlich zumindest fragwürdig, insbesondere mit Blick auf jüngste Entscheidungen einzelner Verwaltungsgerichte zur Beamtenbesoldung und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG).
(08/22/14)

DBB NRW: Landesregierung benachteiligt Mütter

(dbb) Der DBB NRW hat der Landesregierung vorgeworfen, tausende von Müttern bei ihrer Altersversorgung zu benachteiligen. Die Landesregierung beabsichtigt, die sogenannte Mütterrente nicht auf Beamtinnen in Nordrhein-Westfalen zu übertragen. Begründet wurde dies mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

„Hier wird mit zweierlei Maß gemessen", erklärte Roland Staude, Landesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, am 2. Juni 2014. Während die Arbeitnehmerin zukünftig mit zwei Jahren Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung rechnen könne, werde die Beamtin mit einer Berücksichtigung von sechs Monaten bei ihrer Altersversorgung abgespeist – für Staude „ein Skandal". Frühere Verschlechterungen im Rentenrecht seien in die Altersversorgung der Beamtenschaft übertragen worden, nun sollen die ausnahmsweise beschlossenen Verbesserungen den beamteten Müttern vorenthalten werden. „Was hat das mit Gerechtigkeit zu tun?" fragte Staude. „Hier werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der Landesregierung erneut von Einkommensverbesserungen abgekoppelt." Der DBB NRW, so Staude, fordere eine familienfreundliche Dienstrechtsreform: „Das heißt, dass Mütter unabhängig vom Beruf und unabhängig vom Geburtsdatum der Kinder eine gleiche Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Altersversorgung erhalten."
(09/22/14)

dbb m-v für Übertragung des Rentenpakets

(dbb) Nachdem die große Koalition ihr Rentenpaket auf den Weg gebracht hat, bekräftigte der dbb mecklenburg-vorpommern seine Forderung, Beamtinnen und Beamte gleichermaßen an den Verbesserungen im Rentenrecht zu beteiligen. In einem Schreiben an Landesinnenminister Lorenz Caffier sowie an Landesfinanzministerin Heike Polzin forderte dbb Landeschef Dietmar Knecht am 2. Juni 2014, die Verbesserungen durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz auf die Beamten und Versorgungsempfänger in Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen.

Knecht: „Ich erinnere daran, dass der dbb m-v die wirkungsgleiche Übernahme von Änderungen im Rentenversicherungsrecht auf die eigenständige Beamtenversorgung stets mitgetragen hat, beispielsweise auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch das Beamtenrechtsneuordnungsgesetz vom 17. Dezember 2009. Die jetzt auf den Weg gebrachten Verbesserungen dürfen der Beamtenschaft nicht verweigert werden. Die Betroffenen haben keinerlei Verständnis dafür, wenn die Landesregierung, die hier die Regelungshoheit besitzt, jetzt bei Verbesserungen Zurückhaltung übt".
(10/22/14)

Polizeigewerkschaft warnt vor mehr gewaltbereiten Islamisten

(dbb) Nach dem Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) vor einer steigenden Zahl gewaltbereiter Islamisten in Deutschland gewarnt. „Ihre Zahl steigt rasant, was nicht zuletzt die Szene der so genannten Salafisten, zum Beispiel im Rheinland, zeigt", sagte DPolG-Chef Rainer Wendt am 3. Juni 2014 „Handelsblatt Online". Bei etlichen Gelegenheiten hätten „diese Extremisten gezeigt, dass Gewalt zum festen Bestandteil ihrer Strategie zur Durchsetzung ihrer Ziele gehört und auch und gerade vor staatlichen Institutionen und Vertretern nicht halt macht".

Nach seiner Kenntnis befänden sich derzeit mehrere hundert Extremisten aus dem Umfeld der Salafisten in Syrien und erlernten dort das Töten, so Wendt weiter. „In Deutschland muss mit mehr als 2.000 gewaltbereiten Islamisten gerechnet werden." Wendt unterstützte die Forderung der belgischen Regierung nach einer stärkeren europaweiten Überwachung gewaltbereiter Islamisten. „Es ist richtig und notwendig, technische Mittel zur besten Überwachung einzusetzen, dazu zählt natürlich die Kontrolle und Auswertung vorhandener Daten, aber auch eine umfangreiche Auslandsaufklärung", sagte Wendt.

Allerdings sehe er für solche Maßnahmen große politische Widerstände. „Manche Politiker glauben eben immer noch, die eigenen staatli-

chen Behörden seien der Feind unserer demokratischen Ordnung, statt unseren Sicherheitskräften die notwendigen Mittel zur erfolgreichen Terrorbekämpfung zu geben", kritisierte Wendt.
(11/22/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Vor rund zehn Jahren (1. Januar 2004) wurde unter dem Dach der Zollverwaltung der Bereich „Finanzkontrolle Schwarzarbeit" (FKS) gegründet. Dies nahm das Bundesfinanzministerium am 4. Juni 2014 zum Anlass, um in Anwesenheit von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und zahlreicher Ehrengäste aus Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften die Arbeit der FKS zu würdigen. Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und den dbb nahm der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** teil. Eigenthaler gratulierte und sicherte den Verantwortlichen im Ministerium sowie dem Vorsitzenden der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), Dieter Dewes, die Unterstützung der DSTG beim Kampf gegen Abgabenhinterziehung und Schwarzarbeit zu. BDZ und DSTG arbeiten unter dem Dach des dbb seit langer Zeit eng und vertrauensvoll zusammen. Die FKS ist bundesweit flächendeckend an 113 Standorten präsent und arbeitet vor Ort auch eng mit den Finanzämtern, insbesondere der Steuerfahndung, zusammen. Sie bekämpft alle Formen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

„Der demografische Wandel, aber auch die bunter werdende Gesellschaft in unserem Land muss sich in einer vielfältigen und offenen Haltung auch in Sachen Staatsorganisation ausdrücken. Vielfalt im öffentlichen Dienst schafft nicht nur neue Chancen für die Weiterentwicklung und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, sondern ist ein entscheidender Eckpfeiler für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes", sagte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, anlässlich des 2. Deutschen Diversity-Tages am 3. Juni 2014 in Berlin. Öffentliche Arbeitgeber und Dienstherrn seien angesichts der immer dramatischeren Fachkräfteproblematik gezwungen, zeitgemäße Personalkonzepte zu entwickeln. Neben einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis auf allen Organisationsebenen seien auch die Potenziale aller Altersgruppen und unterschiedlicher ethnischer Gruppen einzubeziehen.

Alle Lehrerverbände im Beamtenbund Baden-Württemberg BBW haben bei den Personalratswahlen 2014 der Konkurrenz ein gutes Stück weit den Boden abgegraben. Der BBW wertete dies am 4. Juni 2014 als beredten Beweis dafür, dass eine Vielzahl der Lehrerinnen und Lehrer die besoldungs- wie auch bildungspolitischen Entscheidungen der Landesregierung von Grund auf ablehnen. BBW-Chef und dbb Vize **Volker Stich** sprach von einem deutlichen Signal in Richtung Landesregierung und warnte Grün-Rot, diese Botschaft bei künftigen Entscheidungen außer Acht zu lassen. Besonders hohe Zugewinne verzeichnen der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) und der Berufsschullehrerverband (BLV), teilte der BBW mit.
(12/22/14)